

Abstimmung vom 28.9.1997

Klares Nein zu reiner Repression: Volk unterstützt breit gefächerte Drogenpolitik

Abgelehnt: Volksinitiative «Jugend ohne Drogen»

Roswitha Dubach

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Dubach, Roswitha (2010): Klares Nein zu reiner Repression: Volk unterstützt breit gefächerte Drogenpolitik. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 557–558.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Initiative «Jugend ohne Drogen» wird Ende 1992 lanciert und im Sommer 1993 eingereicht. Sie wendet sich gegen die aktuelle, als zu liberal beurteilte Drogenpolitik des Bundes. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Diskussionen um die Zunahme von Drogenabhängigen, um die Verbreitung von HIV unter Drogenkonsumierenden und um die (Schliessungen der) offenen Drogenszenen in Zürich (Platzspitz) und Bern (Kocherpark) initiierte der Bundesrat 1991 eine neue Drogenpolitik. Ein Standbein – neben Prävention, Therapie und Repression – dieser sogenannten Vier-Säulen-Politik ist die von den Initianten bekämpfte «Überlebenshilfe», die u.a. die medizinisch indizierte Abgabe von Methadon und Heroin umfasst.

Im Herbst 1994 wird die Volksinitiative «für eine vernünftige Drogenpolitik» eingereicht. Im Gegensatz zu «Jugend ohne Drogen» verlangt diese eine weiter gehende Liberalisierung der aktuellen Drogenpolitik (vgl. Vorlage 447).

Der Bundesrat behandelt die beiden Initiativen zusammen und beantragt dem Parlament in seiner Botschaft vom Juni 1995, beide Volksbegehren Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Er zieht dabei eine positive Bilanz seiner bisherigen Vier-Säulen-Drogenpolitik und skizziert die zukünftigen Vorhaben (vgl. Vorlage 456). Das Parlament unterstützt die bundesrätliche Drogenpolitik grossmehrheitlich und folgt dem bundesrätlichen Antrag schliesslich. Die Vorlage «Jugend ohne Drogen» beschäftigt das Parlament aber insofern lange und intensiv, als sich der Ständerat erst in der Einigungskonferenz dazu durchringen kann, dem National- und dem Bundesrat zu folgen und die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Er hält im Sinne eines gewissen Entgegenkommens gegenüber den Anliegen der Initianten bis dahin daran fest, dem Volksbegehren einen direkten Gegenvorschlag entgegenzustellen, der vorsieht, das Ziel einer drogenfreien Gesellschaft in der Verfassung zu verankern.

GEGENSTAND

Die Initiative bezweckt, die Drogenprobleme mit einer restriktiven, direkt auf Abstinenz ausgerichteten Politik zu bekämpfen. Sie verlangt vom Bund gesetzgeberische Massnahmen zur Reduktion von Nachfrage und Konsum, zur Heilung der Abhängigkeit, zur Verminderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgeschäden und zur Bekämpfung des Handels. Die Initiative verlangt das Verbot von Massnahmen zur Schadensbegrenzung und Überlebenshilfe, soweit diese nicht direkt auf die Abstinenz ausgerichtet sind. So verwirft sie die langzeitige Verschreibung von Substitutionsmedikamenten wie Methadon und verbietet die Abgabe von Betäubungsmitteln (z.B. Heroin) grundsätzlich.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die drei Bundesratsparteien CVP, FDP und SP sowie die Grünen engagieren sich in einem gemeinsamen Abstimmungskomitee gegen die Initiative. Sie erhalten Unterstützung vonseiten des LdU, der EVP, der CSP und der PdA sowie von rund 20 gesamtschweizerischen Organisationen aus

den Bereichen Medizin, Drogen, Sozialarbeit, Kirche und Jugendfragen sowie von praktisch allen Printmedien, auch jenen aus der Westschweiz. Auch mehrere Kantons- und Stadtregierungen – diese geben in der Regel keine Empfehlungen für eidgenössische Urnengänge ab – sprechen sich gegen die Initiative aus, darunter auch jene in den besonders von der Drogenproblematik betroffenen Kantonen Basel-Stadt, Bern, Genf und Zürich.

Einhellig für die Initiative sprechen sich die rechtsbürgerlichen Parteien FP, SD und EDU aus. Auch die SVP gibt die Japarole aus, drei Kantonalparteien weichen indes von dieser Parole ab. Andererseits geben aber auch vier Kantonalparteien der FDP die Japarole aus und engagieren sich einzelne prominente Vertreter der FDP, so der Neuenburger Nationalrat Frey und die Luzerner Nationalräte Aregger, Theiler und Tschuppert, für die Initiative. Für die Initiative sprechen sich auch Prominente aus dem Sport und der Unterhaltungsbranche aus.

Der Abstimmungskampf ist intensiv und emotional. In ungewohnt scharfer Weise bezeichnet die Wortführerin der Gegnerschaft, Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP), die Ziele von «Jugend ohne Drogen» als unrealistisch, unwirksam und unmenschlich. Eine Annahme der Initiative hätte für die eigentlichen Opfer, die Drogensüchtigen, verheerende Folgen und würde dazu führen, dass weiterhin die (noch) nicht ausstiegswilligen Konsumentinnen und Konsumenten härter bestraft würden als die eigentlichen Profiteure einer repressiven Drogenpolitik, nämlich die Drogenmafia.

Die Befürworter der Initiative bezeichnen die aktuelle Drogenpolitik als Irrweg, als suchterhaltende Beihilfe zum Drogenkonsum. Überall, wo Drogenkonsum geduldet werde, steige die Zahl der Drogensüchtigen stark an. Sie verlangen eine erfolgreiche, sprich eine abstinenzorientierte Drogenpolitik und daher ein striktes und systematisches Rauschgiftverbot. Jugendliche seien durch verstärkte Prävention vor Kontakt mit Betäubungsmitteln zu schützen und im Falle einer Abhängigkeit durch unmittelbare Entzugstherapien zu entwöhnen. Um Rückfälle zu vermeiden, müsse die soziale Eingliederung sichergestellt werden. Mit dieser Politik werde der Abhängige von seiner Krankheit geheilt, anstatt – wie mit der aktuellen Drogenpolitik – auf unbestimmte Zeit lediglich Überlebenshilfe zu erhalten.

ERGEBNIS

Die Initiative wird mit 70,7% Neinstimmen unerwartet massiv verworfen. Sie erzielt in keinem Kanton eine zustimmende Mehrheit. Gemäss Abstimmungsanalyse zeigen sich weder ein Stadt-Land- noch ein klarer Gegensatz zwischen der Deutsch- und der Westschweiz. Hingegen zeigt sich eine klare politische Polarisierung, auch spielten die Merkmale Alter und Kirchenbindung eine entscheidende Rolle im Abstimmungsverhalten. Die unter 40-Jährigen, die nie zur Kirche gehen, lehnten die Initia-

tive mit 95% Neinstimmen am deutlichsten ab, während die über 60-jährigen Kirchgänger mit 55% Jastimmen die einzige demografische Gruppe darstellen, die der Vorlage zustimmte.

QUELLEN

BBI 1995 III 1245–1295; BBI 1997 II 566. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1992 bis 1997: Sozialpolitik – Gesundheit, Sozialhilfe, Sport – Suchtmittel. Vox Nr. 62.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.